## 11. SPD-Standpunkt: Kein Fußbreit den Faschisten Bündnis gegen Rechts braucht breite Unterstützung!

Am 28. Februar geschah in unserem Overath Historisches; anstelle der erwarteten 400 bis 500 Demonstranten gegen eine Veranstaltung der AfD im Kulturbahnhof kamen ca. 1.200 bis 1.500 Menschen der Einladung nach, sich unter dem Motto "Kein Fußbreit den Faschisten!" auf dem Bahnhofplatz zu versammeln und gemeinsam Flagge zu zeigen. Sie bildeten damit die größte Demonstration, an die man sich in Overath erinnern kann, für die zwischenzeitlich sogar die Hauptstraße gesperrt werden musste. So schaffte man es sogar, noch am selben Abend in die WDR Lokalzeit Köln zu kommen.

Eingeladen hatte das neue "Bündnis gegen Rechts in Overath", dem neben vielen engagierten Einzelpersonen auch Vertreter alle Overather Parteien, der großen Kirchen sowie diverse lokale Organisationen und Vereine angehören oder das Bündnis offiziell unterstützen. Wir sind stolz darauf, dass mehrere Vertreter der SPD Overath sehr aktiv an der Vorbereitung dieses klaren Zeichens gegen den in der AfD verorteten Faschismus mitgearbeitet und z.B. mit Unterstützung unseres Bürgermeisters Jörg Weigt die Treffen des Bündnisses organisiert

Es ist uns sehr wichtig zu betonen, dass alle Overather Parteien das Bündnis aktiv unterstützen, aber natürlich haben wir uns besonders darüber gefreut, dass große Delegationen z.B. aus den SPD-Ortsvereinen Lindlar, Lohmar, Much und Neunkirchen-Seelscheid sowie Jusos-AGs aus dem ganzen Umland zur Unterstützung kamen. Daran sieht man, wie tief es in der SPD verwurzelt ist, stets vorne mit dabei zu sein wenn es darum geht, die Wiederholung historischer Fehler wie 1933 zu verhindern. Unsere Zeitzeugin Katja Röhsevon Cube hat das auf der Bühne der Demo mit einem emotionalen Aufruf, die Vergangenheit

> nicht zu vergessen, nochmals sehr eindringlich in Erinnerung gebracht.

Wir fordern die Overather Bürgerinnen und Bürger auf, uns auch in

Zukunft bei unserem Kampf gegen Rechts zu unterstützten, egal ob Sie die SPD oder andere demokratische Parteien wählen.

Wer unsere Demokratie vor ihren Feinden schützen möchte, zu denen heute vor allem die AfD mit ihrem "Flügel" gehört, ist beim "Bündnis gegen Rechts" herzlich willkommen! Wenn Sie Kontakt aufnehmen wollen, sprechen Sie einfach unsere Ratsmitglieder darauf an.

Vor der Kommunalwahl im September wird sich zeigen, wer sich als Wahlkreiskandidat der AfD outet.

In unserer Stadt gibt es keinen Platz für rechte Parolen und Populisten! Daher sollte es jedem deutlich geworden sein, dass man in Overath als

"Rechter" einen schweren Stand hat. Wer sich der Partei Höckes, ein ausgewiesener Neofaschist, offen anschließt, muss sich nicht wundern, dass man dadurch im Freundes- und Bekanntenkreis und in der Nachbarschaft nicht gerade an Beliebtheit gewinnt.

Zeigen Sie auch im Alltag, wenn rassistische und demokratiefeindliche Sprüche scheinbar beiläufig fallen, den Sprücheklopfern die rote Karte, indem Sie ihnen deutlich widersprechen - denn Hass und Hetze sind keine Meinung, sondern gehen gar nicht!



Jörg Weigt eröffnete das Bühnenprogramm



Die "Rote Karte" eine Privatinitiative. kam sehr aut an!



Menschen aus Overath und Nachbarkommunen

demonstrierten gegen die AfD

Hans Schlömer

#### Impressum:

Overath direkt - Ausgabe 1/20

Herausgeber: SPD Ortsverein Overath Jürgen Tichy, Vorsitzender jürgen.tichy@spd-overath.de - 02207.6454

Im Lerchengrund 14, 51491 Overath Redaktion: David Maisey, Manfred Meiger, Peter Rhein, Hans Schlömer, Georg Schneider, Jürgen Tichy Fotos: spdoverath, Peter Rhein, privat Lavout und Satz: info@peterrhein.de

# **Overath direkt**

## Zeitschrift des SPD Ortsvereins 1/20

Jörg Weigt einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten der SPD für die Kommunalwahl am 13. September 2020 nominiert

Auf der Mitgliederversammlung der SPD Overath am 05. März 2020 im Hotel Lüdenbach wurde Jörg Weigt einstimmig von den anwesenden



Mitgliedern zum Kandidaten für die Bürgermeister-wahl im September diesen Jahres nominiert. Damit folgte die Versam-mlung dem Vorschlag des SPD-Orts-vereinsvorstandes, der sich ebenfalls einstimmig auf seiner Sitzung am 27. Januar 2020 für Jörg Weigt als Bürgermeisterkandidat ausgesproch-en hatte.

Somit kann Jörg Weigt auf das Vertrauen und die volle Unterstützung durch Vorstand und Mitglieder der SPD bei den bevorstehenden intensiven Wochen des Wahlkampfs rechnen.

In seiner Bewerbungsrede vor den Genossinnen und Genossen konnte Jörg Weigt noch einmal in seiner

eindrucksvolle Leistungsbilanz mit vielen Maßnahmen und Themen darstellen, wie er in den letzten sechs Jahren als Bürgermeister die Stadt Overath vorangebracht hat:

Mit einer seiner ersten Amtshandlungen in 2014 durch die Einbringung einer Nachhaltigkeitssatzung und die damit verbundene Anpassung der Grundsteuer konnte der Grundstein gelegt werden, um Overath aus den Fesseln der Haushaltssicherung zu befreien und die volle Handlungsfreiheit wiederherzustellen

Zur Genehmigung des Haushaltes 2020 schrieb dazu kürzlich der Landrat: "Diese Entwicklung ist sehr erfreulich. Damit kann die Stadt Overath wieder eigenständig über ihre Finanzen entscheiden."

Auch den enormen Zustrom an Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 konnte die Verwaltung unter Führung des Bürgermeisters in Zusammenwirken mit den vielen Freiwilligen der Overather Zivilgesellschaft ohne größere Probleme meistern. Zur Unterbringung wurde u. a. das Multifunktionsgebäude am Gleisdreieck gebaut, das neben 9 Wohneinheiten für den sozialen Wohnungsbau auch den neuen Standort für die Overather Tafel beheimatet.

Auch eine Vielzahl an großen Infrastrukturprojekten wurden in der Amtszeit von Bürgermeister Weigt auf den Weg gebracht bzw. bereits fertiggestellt. Hier sind unter anderem die Neubauten der Feuerwehren in Steinenbrück und Overath zu nennen. Neue Kindergärten werden in Immekeppel, Marialinden und Overath entstehen.

Ein besonders großes Augenmerk lag und liegt aber auf den Overather

Fortsetzung siehe nächste Seite



## **Meine Meinung:**

## **Weder mit rechts** noch links?

Nicht zuletzt die Ereignisse nach der Wahl in Thüringen haben wieder einmal die Frage aufkommen lassen:

"Welche politischen Koalitionen sind zukünftig in Deutschland

Diese Frage gewinnt an Komplexität, wenn man feststellen muss. dass die deutsche Parteienlandschaft seit einiger Zeit nahezu

Eine intakte Spitze besitzen in diesen Tagen nur die Grünen und die

Die CDU hat überhaupt keine Führung mehr, die FDP eine ziemlich zersauste, die SPD übt gerade, und die Linke ist froh, wenn gerade niemand so genau hinschaut.

Nutznießer dieser Führungsschwächen ist die AfD, und als größte Oppositionspartei im Bundestag nutzt sie die Gunst des Moments und lässt die etablierten Parteien oft alt und ratlos aussehen.

Es ist die Zeit, in der die Bürger eine Führungssehnsucht, eine Art von Entschiedenheit und der Wunsch nach Orientierung verspüren.

In der Merkelzeit, in der Führung durch Moderation, Problemlösung mittels Pragmatismus, Orientierung und Inhalte durch Gesten ersetzt wurden, keimt der Wunsch nach dieser Entschiedenheit. Das gilt auch und besonders für komplexe Problembereiche, die angegangen und nicht wegmoderiert werden dürfen.

Wenn wir jetzt die Annahme treffen, dass die Führungsprobleme der Parteien zumindest so gelöst würden, dass Koalitionsfragen wieder zwischen den Parteien – außer der AfD – stattfinden können, stellt sich die Frage, mit welcher Konstellation dem rechten Populismus am besten zu begegnen ist.

Mit anderen Worten: Wie ernsthaft sollte man über die sog. Äquidistanz – dem Ausschließen jedweder Koalitionen mit AfD und

Diese Frage stellt sich für die beiden sog. Volksparteien unterschiedlich.

Die CDU kann nur ihre "Rote Socken-Strategie" gegenüber den Linken fortführen, und muss ihre Ablehnung gegenüber der AfD aufrecht erhalten.

Sie muss diesen "Zweifrontenkrieg" führen, um ihre Mitglieder nicht

Für die SPD sieht das anders aus: Gegenüber der AfD muss die "harte Kante" bleiben. Aber hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Linken gibt es durchaus einen Annäherungskorridor, wenn man unterstellen kann, dass die heutige Linke nach der SED-Vergangenheit eine Entwicklung genommen hat, die eine Zusammenarbeit möglich macht. Denn festzustellen ist, dass der "Mainstream" der Linken (SPD und Linke) heute demokratisch ist.

Das war in Weimar und den frühen Dreißigern noch anders, als die KPD die Republik von links bekämpfte.

Aus dieser Einschätzung lässt sich folgern, dass es bei der nächsten Bundestagswahl durchaus möglich ist – unterstellt man, dass Zweiparteikoalitionen keine Mehrheiten haben – dass SPD und Linke zusammen mit den Grünen, die zur Zeit wohl ihren Peak erreicht haben, eine Mehrheitskoalition bilden könnten – egal ob rrg, rgr oder grr.

Jürgen Tichy

#### **Fortsetzung**

## Jörg Weigt einstimmig ......

Ein besonders großes Augenmerk lag und liegt aber auf den Overather Schulen:

U.A. die Sanierung des gesamten Schulzentrum Cyriax mit der energetischen Sanierung auch in Zusammenhang mit der Aufstellung und Mittelbeantragung im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes wird mit Hochdruck vorangetrieben.

Wegen hoher PCB-Schadstoffbelastung wurde einstimmig der Bau einer neuen Grundschule in Heiligenhaus und der Neubau einer Turnhalle in Vilkerath auf den Weg gebracht. Auch die Grundschule in Overath soll eine neue Turnhalle bekommen.

Bei den Themen Klimaschutz und Mobilität wurden viele Themen gesetzt. Beisnielhaft seinen hier genannt der Luftreinhalteplan und das integrierte Handlungskonzept mit Schwerpunkt energetische Sanierung der Verwaltungs- und Schulgebäude aber auch ein Radwegekonzept mit einer Vielzahl von Handlungsfeldern und Maßnahmen. Ebenfalls dazu gehört die Aufstellung eines Masterplans zur Gestaltung von nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität in Overath begleitet von Workshops zum Klimaschutzteilkonzept Mobilität sowie Förderung der Wasserstofftechnologie in Overath. Ab den Frühjahr startet auch der Runde Tisch Klimaschutz, in dem alle im Rat vertretenen Parteien beteiligt sind.

Neben dem bereits erreichten, stellte Jörg Weigt den anwesenden SPD-Mitgliedern auch seine Ideen und Pläne für eine sichere, ökologische, städtebaulich lebenswerte und wirtschaftlich tragfähige Zukunft der Stadt Overath vor.

Schwerpunkt dabei bildet die weitere Verbesserung und Optimierung der schulischen Infrastruktur mit Sanierung aber auch Breitbandausbau an Grundund weiterführenden Schulen. Die Bereitstellung ausreichender Zahl an Kita-Plätze und ausreichend Wohnraum, der den finanziellen Möglichkeiten der Overather Bürgerinnen und Bürger und dem demografischen Wandel in Overath Rechnung trägt.

Besonderes Augenmerk liegt für Jörg Weigt aber auch auf der weiteren Verbesserung des Klima- Umwelt- und Naturschutzes. Es gilt auch für Overath die Erreichung der Klimaziele und der Klimaneutralität.

Manfred Meiger

# 10. SPD-Standpunkt: schwarz-gelber Schwarzbau-Lobbyismus ist skandalös und rechtswidrig

Ende 2019 erhielten die Ratsfraktionen regelmäßig wütende E-Mails von einem Overather Investor, in denen er sich zum führenden Lobbyisten für die nachträgliche Legalisierung von Schwarzbauten und die nachsichtige Behandlung von Rechtsverstößen aufschwang. Tatsächlich ging es ihm wohl eher um Verstöße des eigenen Unternehmens gegen geltendes Baurecht, die der Bauaufsicht des Kreises ordnungsgemäß gemeldet wurden – er fühlte sich dagegen "von Mitarbeitern der Bauverwaltung bei übergeordneten Behörden des Kreises in zwei Fällen



angeschwärzt". Er rief dabei offen zum Rechtsbruch auf: "Dass baurechtliche Verstöße vorliegen, ist fast in allen Fällen nicht wegzudiskutieren. Man sollte aber den Bürgern dieser Stadt auch einmal vermitteln, dass die Aufgabe von Rat und Verwaltung darin liegt zu helfen und nicht zu bestrafen." Weiter forderte er, "dass man die laufenden Verfahren […] bis auf weiteres aussetzt".

Passend dazu stellte die CDU kurz darauf einen Antrag, der in Inhalt und Begründung voll auf den Forderungen des "Cheflobbyisten" aufbaut: "zum umweltverträglichen und nachhaltigen Städtebau hilft keine restriktive Ordnungs- und Bestrafungseinstellung der Behörden [...]". Der technische Beigeordnete Steinwartz (CDU) stellte zu diesem Ansatz aber klar, dass "die Bauaufsichtsbehörde zum Einschreiten verpflichtet [ist], wenn ihr ein baurechtswidriger Zustand bekannt wird." Ebenso macht er deutlich, dass keine Sanktionen erfolgen, wo das durch zulässige nachträgliche Legalisierungen vermeidbar ist.

Mit ihrem Antrag wollte die CDU aber weit über die rechtlich möglichen Legalisierungen hinausgehen: "bei ordnungsbehördlichem Einschreiten des Bauordnungsamtes gegen Bauvorhaben im Stadtgebiet [...] von den Instrumenten der Innenbereichssatzung [...] und der Außenbereichssatzung [...] Gebrauch zu machen. [...] Im Falle einer beabsichtigten Nutzungsuntersagung [...] und/oder der beabsichtigten Beseitigungsanordnung für Gebäude [...] ist der Rat vor Erlass in Kenntnis zu setzen und über die Möglichkeiten zur Legalisierung zu unterrichten." Das heißt übersetzt soviel wie: "wenn etwas verboten war, ändern wir einfach so lange die Regeln, bis es erlaubt ist". Auch dazu gab der Beigeordnete Steinwartz eine Stellungnahme ab: "Wenn das Bauordnungsamt seine Aufgabe als Bauaufsicht wahrnimmt, hat es das bestehende Planungsrecht so zu respektieren, wie es besteht, nicht aber solches zu schaffen."

Kaum zu glauben ist, dass die CDU mit ihrem Antrag versucht hat, vorgeschriebene rechtliche Prüfungen im Rahmen von Verwaltungsakten durch politische Mehrheiten auszuhebeln, indem sie sich auf das Rückholrecht des Rates berief: "Der Rat behält sich für die vorgenannten Fälle gemäß § 41 Abs. 3 GO NRW grundsätzlich die Entscheidung vor". Dazu die Auskunft des Juristen Steinwartz: "Dieses Rückholrecht des Rates ist aber nicht unbeschränkt und hat einen Ausnahmecharakter. Es darf insbesondere nicht dazu führen, dass komplette Sachbereiche, die als Geschäfte der laufenden Verwaltung zu qualifizieren sind, zu Beratungs- und Ent-scheidungsgegenständen des Rats gemacht werden." Und dass selbst dort, wo der Rat ein Rückholrecht hat, die politische Willensbildung nicht frei von Recht und Gesetz erfolgen kann, zeigt diese Aussage des Beigeordneten: "Allerdings unterliegt auch dieser Wille dem jeweils geltenden Baurecht, sodass ihm insoweit Grenzen gesetzt sind".

Der eigentliche Skandal in dieser Sache ist aber, dass trotz der eindeutigen Stellungnahmen des CDU-Beigeordneten im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss dennoch mit schwarz-gelber Mehrheit beschlossen wurde, dem CDU-Antrag komplett zu folgen und so vor einem aggres-siven Lobbyisten einzuknicken, dessen eigentliches Ziel es ist, zukünftig ohne Einschränkungen so bauen zu können, wie es ihm gefällt – egal was Bauordnung oder örtliches Baurecht sagen, nach dem Motto: Regeln gelten nur für Andere!

Wir gehen davon aus, dass dieser Beschluss im Stadtrat keinen Bestand haben wird, und falls doch, dass er einer Prüfung durch die Kommunalaufsicht nicht Stand halten wird. Dieser Auffassung sind offensichtlich auch die Grünen, die im Ausschuss gemeinsam mit uns gegen den Antrag votierten. So viel zu angeblich fehlenden inhaltlichen Überschneidungen – bis zuletzt gab es, wie seit Menschengedenken, bei den meisten strittigen Abstimmungen eine rot-grüne Front gegen eine schwarz-gelbe Mehrheit. Wir hoffen sehr, dass die neue, seltsame Nähe der Grünen zu CDU und FDP nicht dazu führen wird, dass sie ihre Überzeugungen komplett über Bord werfen. Um hier bisher nicht vorhandene "inhaltliche Überschneidungen" zu konstruieren, werden sich diese Parteien sehr stark verbiegen müssen…

Die SPD Overath dagegen bleibt bei ihren Positionen und stellt sich deutlich gegen Lobbyismus und unangemessene Einflussnahme durch Investoren, egal wie groß deren Beitrag zum Städtebau ist. Wir messen Bürgerinnen und Bürger nicht mit zweierlei Maß!

Hans Schlömer

### Gemeinsam in die Irre gehen

Eine der Sprecherinnen des Ortsverbandes von Bündnis 90/Die Grünen hat in einer Stellungnahme vom 05.02.20 unter dem Titel "Gemeinsam neue Wege gehen" sehr ausführlich ihre Begründung für eine gemeinsame Nominierung eines externen Bürgermeister-kandidaten mit der Overather CDU und FDP dargelegt.

Leider ist dies aber nur ein misslungener Versuch, die eigene Ohnmacht und Ratlosigkeit als Erfolg zu verkaufen, denn es gehört schon ein hohes Maß an Verzweiflung dazu, einen externen Bewerber zu benennen, weil in den eigenen Reihen niemand gefunden wurde. Gleichermaßen gilt dies natürlich auch für die CDU und die FDP.

Es wird der Eindruck erweckt, dass die Wahl des Rösrather Kämmerers aus Überzeugung geschehen ist, eine bewusste Entscheidung für den richtigen Weg. Doch Gemeinsamkeiten zwischen



den drei Koalitionären gibt es wohl bislang nicht, denn so heißt es in dem Beitrag: "Jede Partei hat ihr eigenes Profil. Aber mit (fast) jeder Partei gibt es Schnittmengen. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Schnittmengen zu profilieren und die dann benannten gemeinsamen Ziele umzusetzen."

Wichtige Ziele für Bündnis 90/Die Grünen werden genannten:

- Wunsch nach Transparenz der Prozesse und Entscheidungen bei der Zusammenarbeit mit der Verwaltung
- Bürgerbeteiligung an Prozessen und Konzeptentwicklung von Zukunftsthemen
- in Overath grüne Ziele erreichen

Leider gibt es genau dazu eine Vielzahl von Beispielen der letzten Jahre, wo genau dies von CDU und FDP anderes gehandhabt wurde:

- 1. SPD und Grüne wollten die Wirtschaftspläne der SEGO öffentlich machen. CDU und FDP haben dies abgelehnt.
- Die Grünen haben beantragt, die technische Prüfung von Vorhaben auf die SEGO-Projekt auszuweiten. SPD hat zugestimmt, CDU und FDP lehnten ab.
- Der Bürgermeister unterstützt von SPD und Grüne halten eine Organisations-untersuchen in der Verwaltung für dringend erforderlich. CDU und FDP kürzen die Mittel und versehen den Rest mit einem Spervermerk
- Bei der Wahl des neuen Beigeordneten wird der Antrag der Grünen, die Stellenausschreibung um technische Ausbildung/Qualifikation zu ergänzen abgelehnt. Die Wahl des Beigeordneten erfolgt mit den Stimmen von CDU und FDP. SPD, Grüne und BFO sind dagegen.
- Die Grünen sind gegen die Baugebiete Ginsterfeld, Sülzaue und Rappenhohn. CDU und FDP sind dafür.
- Anträgen der SPD und Grünen zum Ausrufen des Klimanotstandes in Overath wird von CDU und FDP nicht gefolgt. Die FDP auf ihre Homepage dazu: "Mit Panikmache und Aktionismus versuchen unsere politischen Wettbewerber Vorteile aus der Klimaerwärmung zu ziehen. Dieser Aktionismus gipfelt aktuell in den allenthalben diskutierten Anträgen auf kommunaler Ebene einen sogenannten Klimanotstand auszurufen.
- 7. Umweltpolitisch hat die SPD-Fraktion unter anderem die Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Overath zu betreiben, ein umfangreiches Radwege-konzept im Rahmen einer Bachelor-Arbeit zu erstellen und Mittel aus dem "Mobilitätfond" des Bundes zur Reduzierung der Stickoxid-Werte in Overath zu beantragen. Beim Thema Wasserstoff und Radverkehr haben die Grünen inzwischen mit eigenen Anträgen diese Vorhaben unterstützt.

Wie man daraus ableiten kann, dass es ausreichend Schnittmengen zwischen den Grünen und der CDU/FDP gibt und das man sich zusammensetzt, "um gemeinsame Ziele zu suchen, zu formulieren, um sie dann gemeinsam umzusetzen", braucht es eine Menge Fantasie.

Genauso viel Fantasie braucht es, um aus den oben geschilderten gemeinsamen

umweltpolitische Anstößen von SPD und Grünen in Overath zu folgern:

"Insofern haben wir mit der CDU inzwischen mehr Schnittmengen als mit der SPD in Overath. Der eigentlich "klassische" Partner der Grünen, die SPD, ist in Overath leider keine Option, da sie mehrheitlich in vielen Umwelt- und Naturschutz-Fragen, aber auch verkehrspolitisch die CDU an Rückschrittlichkeit überholt."

Als die Erklärung des Klimanotstandes (beantragt von Grüne und SPD) nicht die Mehrheit im Rat fand, wurde unter Federführung der SPD ein 10-Punkte-Programm ausgearbeitet, das Grundlage für den neu gegründeten Runden Tisch Klima in Overath bilden wird.

Auch viele Initiativen des Bürgermeister, wie etwa die Veranstaltung "Emissionsfreie Mobilität in Overath" im Kulturbahnhof wurde von den Grünen eher mit Abwesenheit gestraft als aktiv unterstützt.

In den weiteren Ausführungen wirft die Autorin der SPD vor allem vor, dass sie oft "mit der CDU einer Meinung ist", was, wenn es so wäre, ja nicht so falsch sein kann, wenn man mit genau dieser CDU zusammenarbeiten will und mit der Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam einen BM-Kandidaten nominieren

Die SPD-Overath steht geschlossen hinter ihrem Bürgermeister. Dies hat die Mitgliederversammlung durch ihren einstimmigen Beschluss, Jörg Weigt auch für die nächste Legislaturperiode zu ihrem Bürgermeisterkandidaten zu nominieren, eindrucksvoll bewiesen.

Jürgen Tichy Manfred Meiger

## 12. SPD-Standpunkt: Ganztag an Grundschulen ausbauen und verbessern!

An unseren Grundschulen tut sich was: Das mit der Politik erarbeitete "Rahmenkonzept Ganztag" findet immer häufiger Anwendung, wenn an Schulen Erweiterungen notwendig werden. Schule und Ganztag wachsen räumlich zusammen, damit die Kinder ihren Tagesablauf ohne Brüche erleben.

Daher erhält die PCB-belastete Grundschule Heiligenhaus einen Neubau, der Schule und Ganztag komplett integriert. Hier wurde in vorbildlicher Weise gemeinsam geplant, wie das Gebäude gestaltet werden soll.

Ebenso bekommt die Grundschule Vilkerath, deren Turnhalle abgerissen wurde, nicht nur eine neue Halle, sondern es werden auch Pläne für einen Anbau entwickelt, der vom Ganztag als Speisesaal genutzt werden kann und weiteren Raumbedarf abdeckt.

An der Grundschule Marialinden wird ein belasteter Raum abgerissen und durch einen großen Anbau ersetzt, der neben einem Speisesaal u. a. auch neue Verwaltungsräume für Schule und Ganztag umfasst Dadurch können die bisher genutzten Container aufgegeben und der Altbau renoviert und vermietet werden.

Dringend bleibt der Neubau der Turnhalle an der Grundschule Overath, da auch dort ein Speisesaal und weitere Gruppenräume angebaut werden, um den Bedarf des Ganztags zu decken. Wir werden hier am Ball bleiben!

Die Grundschule Sülztal wird derzeit noch auf Erweiterungsmöglichkeiten geprüft. Kurzfristig wird ein Blockhaus für die Waldgruppe angeschafft, der bisher eine feste Unterkunft fehlte.

An der Grundschule Immekeppel muss zukünftig Ersatz für angemietete Essensräume geschaffen werden, trotz der Enge auf dem Schulgelände.

Die SPD Overath wird weiter aktiv dafür kämpfen, dass die heute noch fehlenden Ganztagsplätze schnell geschaffen werden und die Ganztagsbetreuung qualitativ verbessert wird! Hans Schlömer